



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 50 Pfennig, Landes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Für die Woche vom 29. September bis 5. Oktober ist die Beitragsmarke in das mit 40 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Aus Oesterreich.

Am 8. und 9. September tagte in Wien die 4. ordentliche Generalversammlung des Reichsvereins der Hilfsarbeiterchaft des Buchdruck- und Zeitungsgewerbes Oesterreichs. Unsere Brudervereinigung in verbündeten Nachbarreiche konnte mit dieser Kriegstagung gleichzeitig auf ihren zehnjährigen Bestand zurückblicken. Die Hilfsarbeiterbewegung im österreichischen Buchdrucker- und Zeitungsgewerbe ist zwar ebenso alt wie die deutsche, aber sie war bis zum Jahre 1907 nicht zentralisiert. Es bestanden einzelne Lokalvereine, die sich zum Teil recht kräftig entwickelt hatten, jedoch fehlte ihnen die Einheitlichkeit bei der Entfaltung ihrer organisatorischen Kraft. Um diese nun besser zur Geltung bringen zu können, besonders aber im Hinblick auf die technische Entwicklung auch der Lohnkämpfen eine der Zeit entsprechende Form zu geben, schlossen sich Ende August 1907 die heutigen Ortsgruppen Niederösterreich, Brunn und Graz mit zusammen 2609 Mitglieder zu einem Reichsverein zusammen. Dieser entsafelte sofort nach seiner Gründung eine emsige Werbetätigkeit in allen Druckorten Oesterreichs mit dem schönsten Erfolg, daß im Jahre 1913, nach sechsjährigem Bestehen, die Mitgliedschaft auf 6373 in 17 Ortsgruppen gestiegen war. Auch erzielte der junge Verband in jener Zeit in bezug auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse seiner Mitglieder durch den Abschluß von Ortsstarifen namhafte Erfolge. Bei dem großen Tarifkampf der österreichischen Buchdrucker der im Jahre 1913/14 geführt wurde, war die Hilfsarbeiterorganisation ebenfalls mit der Forderung auf Schaffung eines Reichstarifes beteiligt. Diese Forderung konnte zwar nicht durchgesetzt werden, weil sich besonders die Prinzipalvereine in der Provinz dagegen wehrten, aber die Hilfsarbeiterorganisation hatte in diesem, als Solidaritätsstreik für die Gehilfen anzusprechenden Kampf ihre Schlagkraft glänzend bewiesen. Ungebrochen und ohne Verluste erlitten zu haben, konnte sie den Kampf einstellen.

Als dann im Jahre 1914 der Krieg hereinbrach, kamen auch für die österreichischen Arbeiter und ihre Organisationen schwere Zeiten. Alle die Erscheinungen, welche auch wir in Deutschland durchzulisten hatten, übten auch drüber ihre Wirkungen auf die Gewerkschaften aus. Die panikartige Stocung in Handel und Industrie sowie die Einberufung der Wehrfähigen stellten hohe Anforderungen an ihre Widerstandskraft. Aber ebenso, wie die Deutschen, haben auch die österreichischen Gewerkschaften dem über sie hereingebrochenen Sturm standgehalten. So auch die Hilfsarbeiterorganisation. Sie konnte wohl geschwächt aber nicht in ihrem Bestand und ihrem Wirken erschlän-

tert werden. Den besten Beweis hierfür bildet die Abhaltung der Generalversammlung an der Schwelle des vierten Kriegsjahres, die nicht des Krieges und seiner Wirkungen wegen, einberufen wurde, sondern weil sie, wie in normalen Zeiten, in diesem Jahre fällig war.

Die Verhandlungen standen naturgemäß auch unter dem Einfluß der Zeitverhältnisse, aber die gefaßten Beschlüsse zeigen durchaus die Tendenz der Fortentwicklung auf der bereits vor dem Kriege eingeschlagenen Bahn, sowohl was den inneren Ausbau als auch die Vorbereitungen für den Ausbau des Tarifwesens betrifft. Vertreten waren 10 Ortsgruppen mit 3298 Mitglieder durch 20 Delegierte. Die verwandten Verbände hatten ausnahmslos Vertreter gesandt und auch unser Verband war durch Kollegen Bucher, der zur Zeit nach Wien kommandiert war, vertreten. Dieser konnte in seiner Begrüßungsansprache auch den Kollegen Schummeier zu seiner 10jährigen bewährten Tätigkeit als Leiter des Reichsvereins beglückwünschen. Der Schweizer Graphische Hilfsarbeiterverband sandte ein in herzlichen Worten gehaltenes Begrüßungsschreiben. Aus der Berichterstattung über die finanzielle Vereinsgebahrung ist hervorzuheben, daß die Gesamteinnahmen der Zentralkasse in den 10 Jahren 395 832,08 Kronen und die Ausgaben 277 080,40 Kronen betragen. Hierbei muß beachtet werden, daß in diesen Summen nicht das ganze Wirken der Organisation zum Ausdruck kommt, weil die Ortsgruppen nur die ihnen aus ihren Einnahmen verbleibenden Ueberschüsse an die Zentralkasse abführen, nachdem sie alle Unterstützungsausgaben gedeckt haben. So betragen Einnahmen der Ortsgruppen insgesamt 712 543,91 Kronen, wovon ausgegeben wurden für Arbeitslosenunterstützung 121 337,41 Kronen, für Krankenunterstützung 165 882,79 Kronen, an Hinterbliebene gestorbener Mitglieder 14 380,— Kronen und für Reiseunterstützung 874,85 Kronen. Mit hin betragen die Unterstützungsausgaben des Reichsvereins allein 312 695,05 Kronen. Gewiß, eine ansehnliche Leistung, wenn man bedenkt, daß dabei noch nicht jene Ausgaben mitgerechnet sind, die von der Kollegenschaft für Streiks und Maßregelungen aufgebracht und verausgabt wurden, ohne daß diese Summen in den Berichten eine Rolle spielen. Der Grund für diese Erscheinung liegt in der eigenartigen österreichischen Vereinsgesetzgebung nach der für solche Zwecke von den Gewerkschaften keine Aufwendungen gemacht werden durften. Der Zweck solcher gesetzlicher Bevormundung war die Unterbindung der eigentlichen gewerkschaftlichen Tätigkeit. Aber die österreichischen Arbeiter waren von jeher dem Polizeigeist, unter dem ihre Bewegung groß geworden ist, überlegen und sie fanden auch Mittel und Wege um die notwendigen Kampfmittel anzufammeln und nach eigenem Ermessen zu verwenden. Es wurden sogenannte Betriebskomitees, oder wie bei den Buchdruckern, Tarifforschungsfonds gebildet, aus denen dann die Unterstützungen für Streiks und Ausperrungen gezahlt wurden.

Bisher waren die Hilfsarbeiter in dieser Beziehung den Gehilfen angeschlossen. Nach dem letz-

ten Kampfe im Jahre 1913/14 stellte sich aber die Notwendigkeit heraus, eine Aenderung eintreten zu lassen. Diese durchzuführen war u. a. Aufgabe der Reichsgeneralversammlung, die nach eingehenden Darlegungen des Zentralkomitees den einstimmigen Beschluß faßte, einen Einheitsbeitrag für die Kampf- und Unterstützungsrichtungen zu erheben und die Kampfmittel ab 1. Januar 1918 selbst zu verwalten. Die diesbezügliche statistische Bestimmung lautet demnach in ihrer Neufassung:

„Der Mitgliedsbeitrag in der 1. Klasse beträgt inklusive Tarifforschungsfonds 40 Heller pro Woche. (Bisher 30 Heller). Mitglieder der 1. Kl. können nur Zeitungsaussträger und Aussträgerinnen sowie Lehrlingmädchen werden.

Der Mitgliedsbeitrag in der 2. Klasse beträgt inklusive Tarifforschungsfonds 70 Heller pro Woche. (Bisher 50 Heller).

Der Mitgliedsbeitrag in der 3. Klasse beträgt inklusive Tarifforschungsfonds 1 Krone pro Woche. (Bisher 70 Heller).“

Mit diesem Beschlusse hat sich die Hilfsarbeiterorganisation vollständig auf eigene Füße gestellt, obwohl dabei von allen beteiligten Faktoren klar zum Ausdruck gebracht wurde, daß auch in Zukunft Gehilfen- und Hilfsarbeiterorganisationen einzig geschlossen in der Behandlung der Tariffragen vorgehen werden.

Unter einer Reihe weiterer, die inneren Einrichtungen des Reichsvereins regelnden Beschlüsse, ist noch die Erhöhung der Wöchnerinnenunterstützung von 10 auf 20 Kronen und die Erhöhung der Reiseunterstützung von 3 auf 5 Heller pro Kilometer in der 2. Klasse und von 4 auf 6 Heller pro Kilometer in der 3. Klasse mit der Erhöhung der Höchstunterstützungssumme in allen Abstufungen um 10 Kronen, zu erwähnen.

Ueber den Punkt „Tarifliches“ erstattete Kollege Schummeier ein ausführliches Referat, das einen interessanten Einblick in die tarifliche Situation unserer österreichischen Kollegenschaft gestattete. Die Diskussion wurde in vertraulicher Sitzung geführt und ließ erkennen, daß der feste Wille vorherrscht, den einmal als richtig erkannten Weg, die Gestaltung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses auf tariflicher Basis vor sich gehen zu lassen, auch fernerhin zu verfolgen.

Am Schlusse der zweitägigen Verhandlungen fand noch eine Entschließung einstimmige Annahme, die dem Wunsche der Delegierten und der von ihnen vertretenen Arbeiter und Arbeiterinnen Ausdruck gibt, daß endlich dem Hinschlachten der Völker Einhalt geboten werde.

Die ernstlichen, sachlichen Beratungen der Generalversammlung, über alle Fragen, haben den Beweis erbracht, daß unsere österreichische Brudervereinigung soviel innere Festigkeit und Kraft besitzt, daß sie nicht nur die jetzige schwere Zeit ungebrochen überdauern, sondern auch den kommenden Friedensanforderungen, die gewiß keine geringen sein werden vollkommen gewappnet entgegen blicken kann. Der Schutz der Interessen unserer österreichischen Kollegenschaft liegt somit in guten Händen.

Die Hauptversammlung des deutschen Buchdruckervereins in Heidelberg.

Am 8. September und folgende Tage fand die Hauptversammlung des D. B. V. statt. In einem ausführlichen Bericht wird unter anderem auch der Punkt Lohnsätze eingehend behandelt und über den Wert des Tarifes für das Gewerbe im besonderen sagt der Berichterstatter folgendes: „Nach den Erfahrungen, die wir während der dreijährigen Kriegsdauer gemacht haben, kann mit Befriedigung festgestellt werden, daß die Tarifgemeinschaft trotz der vielfach geradezu unstützenden Veränderungen in den Verhältnissen unseres Gewerbes nicht nur durchgehalten, sondern sich auch erneut bewährt hat. Man braucht nur zu erwägen, welche nachteiligen Folgen für Prinzipale und Gehilfen eingetreten wären, wenn nicht bei der großen Arbeitslosigkeit zur Zeit des Ausbruchs des Krieges, wie jetzt bei dem großen Arbeitermangel für die nötige Ordnung und sachgemäße Regelung der Verhältnisse gesorgt worden wäre.“ Für das Hilfspersonal des eigenen Gewerbes erscheint dem Vorstand des D. B. V. ein geregelter Tarifverhältnis noch nicht zeitgemäß. Dagegen wird die Tarifentwicklung in anderen Gewerben in folgender Weise lobend hervorgehoben: „Auch in anderen Gewerben hat der Tarifgemeinschaftsgedanke während des Krieges immer mehr Boden gewonnen. Namentlich geht aus Maßnahmen und Kundgebungen des Kriegsammtes und hoher militärischer Verwaltungsstellen hervor, daß diese Stellen es im Interesse der Widerstandskraft unserer Volkswirtschaft vielerorts durchgesetzt haben, daß die zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften vereinbarten tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen ohne weiteres als Norm an Stelle persönlicher Verabredungen traten. Wie die Tagespresse berichtet, wird nach der Meinung maßgebender Personen bald nach Friedensschluß die Stellung der staatlichen Organe zur Tarifpolitik der Vertragsparteien durch Schaffung eines Arbeitstarifgesetzes für das ganze Reich geklärt werden. Ein in allen Einzelheiten ausgearbeiteter Entwurf für das neue Gesetz, der den besten Forschern auf dem Gebiete des neuzeitlichen Arbeitsrechtes, Dr. Singheimer, zum Urheber hat, liegt bereits vor und dürfte die Grundlage für die späteren regierungsseitigen Vorlagen abgeben.“ In allen anderen Gewerben, wo Tarifverträge bestehen, bestehen diese auch gleichzeitig für die ungelerneten Arbeiter und Arbeiterinnen des Ge-

werbes, hier also könnten sich die Herren im Vorstand des D. B. V. ein Beispiel nehmen, denn natürlich hat auch das Kriegsamt in allen Streitfragen, auch für das Hilfspersonal der Berufe, Tariflöhne mit festsetzen helfen. Alle anderen Gewerbe aber haben sicher mit noch größerer Fluktuation des Hilfspersonals zu rechnen, zumal das technische Hilfspersonal des Buchdruckgewerbes als durchaus berufsähnlich zu rechnen ist.

Ueber Anstellung und Aulernung von weiblichen und männlichen Hilfskräften wird ebenfalls berichtet und gesagt:

„Das Tarifamt hat unserem Antrage durch Erlass einer Bekanntmachung vom 4. November 1916 entsprochen. Es hat aber gleichzeitig eine Reihe einschneidender Bedingungen, namentlich auch über die Entlohnung und die Lehrdauer der weiblichen Ersatzkräfte, festgesetzt, die vielfachem Widerspruch in den Kreisen unserer Mitglieder wie der übrigen tariffreien Buchdruckereien begegneten. Dies veranlaßte uns wiederum, dem Tarifamt unsere Bedenken unter Hinweis auf die eingegangenen Beschwerden zu unterbreiten, was alsdann zu einer Erweiterung und Milderung der erlassenen Vorschriften für die Annahme und Ausbildung solcher Hilfskräfte führte. Mehrfach außerdem Wunsch entsprechend, haben wir auch im Einverständnis mit dem Tarifamt ein Lehrvertragsformular für die Ausbildung von Hilfskräften aufgestellt, welches von unserer Geschäftsstelle bezogen werden kann.

Soweit wir unterrichtet sind, wurden bisher etwa 3000 solcher Hilfskräfte eingestellt. Die mit ihnen gemachten Erfahrungen sind ganz verschiedenen ausgefallen; teils lauten sie befriedigend, teils waren sie weniger günstig. Allgemein ging aber das Urteil dahin, daß die weiblichen Hilfskräfte die für sie vorgeschriebenen Löhne nicht verdienen können und daß dies nach Ablauf der Lehrzeit erst recht nicht möglich sein wird. Auch ist darüber Klage geführt worden, daß die Gehilfen sich der Ausbildung solcher Hilfskräfte und dem Zusammenarbeiten mit ihnen nicht selten widersetzen, wodurch das erstrebte Ziel nur noch mehr erschwert wird. Gleichwohl können wir unseren Mitgliedern sowie allen tariffreien Firmen nur dringend empfehlen, sich durch solche Schwierigkeiten in dem Entschluß, weibliche und männliche Hilfskräfte anzulernen, nicht beeinträchtigen zu lassen. Der Mangel an Arbeitskräften wird sich bei dem bedauerlich großen Verlust durch den Krieg zweifellos auch noch lange nach Eintritt friedlicher Verhältnisse geltend machen, besonders wenn das Buchdruck-

gewerbe, was mit Sicherheit zu erwarten ist, einen großen Aufschwung erfahren wird.“

„Die Hauptversammlung des Deutschen Buchdrucker-Vereins in Heidelberg spricht die dringende Erwartung aus, daß in der bevorstehenden Sitzung des Tarifausschusses eine Aenderung der vom Tarifamt getroffenen Bestimmungen über die Einstellung von Ausbildekräften für die vom Heeresdienst einberufenen Gehilfen beschlossen wird. Es muß den Buchdruckereien ermöglicht werden, ihre Betriebe während des Krieges durch Einstellung von Lehrlingen über die in der Lehrlingskatalog gestattete Zahl hinaus aufrecht zu erhalten. Auch ist die Einstellung weiblicher Ausbildekräfte dadurch zu erleichtern, daß die ersten sechs Monate ihrer Tätigkeit als Lehrzeit zu gelten haben, während die Lohnfeststellung ebenso wie bei den männlichen Lehrlingen der freien Vereinbarung zwischen Prinzipal und Arbeitskraft zu überlassen ist.“

In der Debatte zeigte es sich dann, daß die Kontrolle die das Tarifamt über die Zahl der einzustellenden Hilfskräfte, und ihre Entlohnung, als sehr hinderlich empfunden wird. Der vorstehende Antrag wird sicherlich der nächsten Tarifausschusssitzung unterbreitet werden; er wird da hoffentlich die Behandlung erfahren, die er verdient! Denn ohne Kontrolle geht es nun einmal nicht.

Ueber die Regelung der Feuerungszulagen wird berichtet, daß die freiwilligen Leistungen die vorerst prinzipalsseitig zugesagt waren, nicht überall inne gehalten wurden, und daß die dann vom Tarifamt und Tarifausschuß ausgesprochene Verpflichtung zur Zahlung von Feuerungszulagen, ebenfalls auch die dann erfolgte Erhöhung, erst die Erregung beschwichtigte.

Ueber die im Frühjahr erneut erfolgte Feuerungszulage wird ebenfalls eingehend berichtet, und wird dabei die unparteiische Vermittlung des Herrn Schliebs anerkannt hervorgehoben. In der Debatte über diesen Punkt, wird die in Berlin erfolgte Selbsthilfe der Gehilfen, zur Erreichung höherer Sätze stark kritisiert, ebenso die hierbei höhere Mitwirkung von Prinzipalen. Das Vorgehen in Berlin hatte zur Folge, daß auch in Elberfeld, Dresden, Stuttgart, Leipzig und Raumburg ähnliche Bewegungen stattgefunden haben.

Die Hauptversammlung nahm zu dieser Sache folgende Entschlieung an:

„Die in Heidelberg tagende Hauptversammlung des Deutschen Buchdrucker-Vereins nimmt mit großem Befremden Kenntnis von den jüngsten Lohnbewegungen, die von Berlin ausgehend,

Frauen im Krieg.

Eine Erzählung von L. H. Thomas
(Frankfurt a. M.).

Die Tagesberichte unserer obersten Heeresleitung melden uns regelmäßig von kühnen Taten unserer Söhne und Brüder draußen vor dem Feinde. Wir hören da bald von diesem, bald von jenem Regiment und einzelnen Männern, die großes leisten in Treppe und Mut und Aufopferung. Wir erfahren aber wenig oder nichts von der Hingabe, von den Kämpfen ihrer Frauen, die wahrhaftig denen nicht nachstehen, die uns Hindenburg und Ludendorff melden.

Da ist die Frau Olga Kühn. Von Jugend auf in Entbehrungen geübt, dann als Mädchen in einem Textilbetrieb gesperrt, wo sie ein Pflänzchen ohne Licht und Sonne ihre Mädchenzeit verbrachte, so trat sie in die Ehe. Trotz ihrer Zartheit wurde sie Mutter von vier Kindern, die es alle verdammt eilig hatten. Kaum konnte das Letzte sich allein helfen, schon war das nächste da. Fast als wollten die Kühns mit Gewalt den Geburtenrückgang ausgleichen.

Als der Vater nach Mey zu seinem Regiment mußte, waren die Kinder im Alter von neun bis herunter zu einem Jahr da. Das fünfte marschierte am Tage der Einnahme von Warschau an. Während der Jakob Kühn vor Verdum in Stellung lag, kam die Meldung aus der Heimat mit dem tröstlichen Schluß: „... mach Dir keine Sorgen, lieber Jakob. Wir haben den Jungen mit genau der gleichen Freude aufgenommen, als ob Du dabei gewesen wärst. Der Kleine sah wohl neugierig

in die Welt, als ob er sagen wollte: Wo ist denn mein Vater. Aber das habe ich mir sicher nur eingebildet. Sei also ohne Kummer, lieber Mann, daß es uns schlecht geht. Wir sorgen schon, daß Du uns alle gesund wieder antriffst...“ Dem Jakob wurde es noch einmal so leicht, wie er diesen Brief seiner tapferen Frau in der Hand hielt. Aber sie hielt auch, was sie ihm versprochen hatte. Knapp ging es her, sehr knapp. Wo ein lieber sorgsamer Vater alles nach Hause brachte, was er verdiente, da konnte der Stiefvater Staat mit den paar Pfennigen nicht gut gegen antommen. Die Einnahmen betrugten kaum die Hälfte von früher.

Im Frühjahr 1916 erkrankte die Hilbe, Jakobs Liebling. Was tat Olga Kühn? Erst Mann aufregen, ihn ängstigen? O nein. Erst nach der Krisis schrieb sie ihm: „Unsere Hilbe hatte sich auch etwas geholt, das zu einer Lungenentzündung auswuchs. Wir sind aber schon durch die kritische Zeit hindurchgekommen. Die Kleine ist bereits wieder auf dem besten Wege, ihre roten Waden zu bekommen...“ Fragte Jakob bei ihr an, wie sie auskommen, denn seine Kameraden zeigten ihm die Klagebriefe von zu Hause, dann kamen immer beruhigende Briefe. Sie würden noch satt, schrieb sie ihm einmal, „wir hungern nicht, wenn auch die Augen auf der Suppe etwas rarer sind. Daß so wenig Augen aus der Suppe herausblinzeln, stört uns nicht. Lieber wäre es uns allen, wenn statt dessen Deine lieben Augen mit hineinschauen könnten. Wenn Du erst mal kommst, Du sollst sehen, wie munter wir alle sechs in die Welt blicken...“

Dabei ist sie etwa keine Frau, die im Entfagen ihr Lebensziel sieht. Sie führte einen fortwäh-

renden Kampf mit ihrem Bezirksvorsteher und den Lebensmittelgeschäften. „Aber“, sagte sie, wenn man sie fragte, ob sie das nicht ihrem Mann geschrieben habe: „Das geht nur mich an. Mein Mann hat draußen andere Sorgen, als sich um diesen Kleinkrieg mit Bevatter Schneider und Handschuhmacher zu kümmern.“ Wenn dann ihre Nachbarin meinte, das sei sehr unrecht, man müsse seinem Mann alles das schreiben, damit die auch wissen da draußen, wie es einem gemacht wird, dann gab sie zur Antwort: „Jetzt gehens aber zu. Unsere Männer machen sich dann Sorgen und denken wunder, wie schlecht es uns geht. Das darf man nicht tun. Jeder Brief, den ich meinem Mann schreibe, muß ihm neuen Lebensmut geben. „Nein, das tue ich nicht“, sagte ihre Nachbarin Frau Strauß, „das hies ja meinen Mann belügen, der muß alles wissen.“ „Im Gegenteil“, Olga wurde ordentlich erregt, „wir belügen unsere Männer, wenn wir jedes schiefe Gesicht, das wir hier sehen, noch schlefer an die Front abmalen, daß es zur Frage wird. Was ich zu sagen habe, das bekommt mein Mann zu hören, wenn er hier ist, die Briefe verschone ich damit.“

Als das Kriegskind ein Jahr alt war, erkrankte Frau Kühn nicht unbedeutlich, nachdem Jakob erst vor wenigen Wochen auf Urlaub gewesen war. Ihr Haus, der achtjährige, mußte den Liebesbriefschreiber machen: „Daß Du dem Vater aber nichts davon schreibst, daß ich im Bett liege“, warnte sie ihn. „Das sage ich ihm schon, wenn er wieder kommt.“ „Aber Mutter, der Vater merkt es doch, wenn Du ihm nicht schreibst.“ Es blieb dabei. Hans mußte den Brief ohne Krankheitsvermerk lassen. Zum Schluß schrieb sie mit

in Elberfeld, Dresden, Stuttgart, Raumburg, Leipzig und anderen Druckorten stattgefunden haben, wo die Gehilfenschaft teils in örtlich, teils in einzelnen Betrieben betätigtem geschlossenen Vorgehen weitere Erhöhungen der erst im Juni d. J. durch den Tarifausschuß tariflich geregelten Teuerungszulagen tatsächlich erzwungen, oder zu erzwingen versucht hat.

Die Hauptversammlung erblickt in diesen Vorgängen eine bedenkliche Disziplinlosigkeit, welche die Tarifgemeinschaft gefährdet, und sie beauftragt die Prinzipalmitglieder des Tarifausschusses in der für Ende Oktober in Aussicht genommenen Sitzung des Tarifausschusses diese Vorgänge eingehend zu erörtern, und die Gewähr zu schaffen, daß sich ähnliche nicht wiederholen können.

Gleichzeitig sieht sich die Hauptversammlung gezwungen ernstlich zu rügen, daß die Prinzipale in Berlin und auch in Elberfeld usw. unberechtigten Forderungen der Gehilfen nachgegeben haben und spricht die Erwartung aus, daß die Wiederholung solcher Vorgänge in Zukunft unter allen Umständen ausgeschlossen wird."

Es wird dann noch berichtet, daß dem Faktorenbund auf seine Eingabe folgende Teuerungszulagen im Vorschlag gebracht wurden:

Bei monatl. Einkommen v. 200 M. 20 Proz.,		
" " " " " 250 " 15 "		
" " " " " 300 " 10 "		
" " " " " 400 " 5 "		

Daran wird die Hoffnung geknüpft, daß der Faktorenbund diesmal allgemein die wohlverdiente Berücksichtigung erfahren hat.

Von uns wird berichtet, daß unser Ersuchen um Verhandlungen nicht entsprochen werden konnte, weil ein allgemein gültiger Tarif nicht besteht, aber eine Befürwortung zur Zahlung von Teuerungszulagen an das Hilfspersonal, sollte erfolgen. Ob sie erfolgt ist, wissen wir nicht, in der "Zeitschrift" haben wir davon nichts gelesen. Vielleicht ist sie in einem verkauflichen Zirkular erfolgt. — Unsere Mitglieder wissen am besten, welchen Erfolg eine solche, vielleicht erfolgte Befürwortung hatte. 50 Pf. und 1 Mark sind schon als hohe Leistungen angesehen worden, und mehr holten wir uns überall da, wo die Kollegenchaft zu einigem geschlossenen Vorgehen bereit stand, unter diesen Orten befindet sich auch Leipzig.

Necht eingehende Ausführungen enthält der Bericht über die Zusammenlegung der Betriebe. Auch in diesem Bericht, wie in der Debatte darüber, besteht eine große Zuversicht, daß Zusammenlegungen nicht erfolgen werden. Nachstehende

größter Energie noch ein paar Zeilen, wobei sie wohl zehnmal Kraft schöpfte: „Hans wollte diesen Brief so gern schreiben, ich wollte ihm den Spaß nicht verderben. Uns geht es allen gut...“ Erst zwei Wochen nachher, nachdem der Arzt ihr erklärt hatte, daß die Gefahr vorbei sei, sie wieder aufstehen könne, da schrieb sie ihrem Jakob, daß sie so ein bißchen gelegen habe, „aber es ist längst wieder gut. Ich habe schon wieder gewaschen und gehe auch schon wieder meinen Laden putzen...“

Mit eiserner Willenskraft trug Olga die Lasten der Arbeit, niemandem klagte sie. Ihre ganze Seele, ihre Größe zeigte sie bei dem zweiten Urlaub ihres Mannes. Am Abend, bevor er wieder fort mußte, besprachen sie die Möglichkeit, daß er fallen könne. Da entwickelte sie ihm, was sie dann zu tun gedente, wie sie dies und jenes ordnen würde. Das war alles so verständlich und klar, daß er nichts darauf sagen konnte, sie nur schweigend an seine Brust zog, worauf beide weinten. Sie fand zuerst wieder Worte: „Und nun deut nicht mehr daran, Jakob. Du mußt wiederkommen und Du kommst wieder. Und dann...“ Wie ein vertieftes Mädchen redete sie auf ihn ein, bis sie alle beide wieder ganz fröhlich wurden. Leicht und frei zog Jakob am anderen Morgen wieder hinaus nach St. Quentin.

Sagt: ist das nicht ein großes, ein herrliches Weib? Und solche gibt es viele, viele. Wie wäre es sonst möglich, daß an den Fronten so Großes geleistet werden könnte? Wie könnte die Heimat so sicher weiter wirken und schaffen, wenn nicht solche Kräfte am Werke wären? Ihrer laßt uns alle gedenken mit der gleichen Verehrung, wie wir sie unseren Kämpfern draußen zollen.

Entschließung wurde angenommen und soll den maßgebenden Stellen mit entsprechender Begründung überliefert werden:

„Die Hauptversammlung des Deutschen Buchdrucker-Bereins (in Heidelberg) stellt fest, daß das deutsche Buchdruckgewerbe zur Zeit im wesentlichen nur noch mit Arbeiten beschäftigt ist, die im Interesse der Kriegswirtschaft wie der Heeresverwaltung liegen. Eine Eintretende Unmöglichkeit zur Herstellung dieser Arbeiten würde nicht nur für das Gewerbe, sondern auch für die deutsche Kriegswirtschaft und die öffentlichen Interessen die schwerste Schädigung zur Folge haben. Aus diesem Grunde ist es notwendig, daß für die Aufrechterhaltung der Buchdruckbetriebe in ihrem jetzigen schon stark eingeschränkten Betriebsstande Sorge getragen und daß das Gewerbe hierin von der Regierung wie von den Militär- und Zivilbehörden in wirksamer und ausreichender Weise unterstützt wird. Das Buchdruckgewerbe wird zudem in erster Linie dazu berufen sein, nach Beendigung des Krieges in der Umleitung zur Friedenswirtschaft die allerwichtigsten Dienste zu leisten, seine Erhaltung bei möglicher Leistungsfähigkeit ist daher auch von diesem Gesichtspunkt aus von ganz besonderer Bedeutung und im vaterländischen Interesse gelegen. Hierzu ist unter anderen insbesondere erforderlich, daß die Militärbehörden dem Buchdruckgewerbe den nötigen Stamm an gelernten Facharbeitern belassen bzw. überweisen und zu diesem Zwecke alle nicht frontdienstfähigen, vielfach mit untergeordneten militärischen Funktionen beschäftigten Buchdrucker für das Gewerbe frei machen.

Dem Buchdruckgewerbe sind weiter die unentbehrlichen Betriebsmaterialien in ausreichender Menge zur Verfügung zu stellen. Insbesondere ist notwendig, daß es in bezug auf Kohlenlieferungen und Wagenstellung zu einer bevorzugten Gruppe erklärt wird.

Endlich stellt die Hauptversammlung fest, daß eine zwangsweise Zusammenlegung oder teilweise Stilllegung der Buchdruckbetriebe im Sinne des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst bei der besonderen Eigenart des Gewerbes nicht durchführbar ist und zu einer außerordentlichen Schädigung der Deffentlichkeit und des gesamten Wirtschaftslebens führen würde. Die Hauptversammlung nimmt daher mit Befriedigung davon Kenntnis, daß vom Hauptvorstand eine Kommission von Sachverständigen eingesetzt worden ist, welche eine einheitliche Behandlung dieser Frage im ganzen Reiche herbeiführen soll. Die Versammlung gibt der Erwartung Ausdruck, daß das Urteil dieser Kommission bei etwa in Betracht kommenden praktischen Fällen auch von den zuständigen Behörden als maßgebend anerkannt wird.“

Die an die vorstehende Entschließung geknüpfte Schlussfolgerung ist hoffentlich noch erfüllbar, denn für das ohnehin schwer gedrückte Gewerbe würde es eine unübersehbare Schädigung bedeuten, wenn es in größerem Umfang zur Zusammenlegung von Betrieben kommen sollte.

In aller Kürze haben wir die für die Arbeitnehmer wichtigen Fragen hier zusammengestellt, daß sonst noch auf der Tagung fleißige Arbeit geleistet wurde, soll erwähnt werden, die Arbeitgeber unseres Gewerbes verstehen es ihre Interessen wirksam zu vertreten, viele unsere Kollegen und Kolleginnen könnten sich daran ein Beispiel nehmen.

Auf dem Wege zur Demokratie.

I.

Der Zug zur Demokratisierung unseres politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens macht sich schon seit Jahrzehnten in der modernen Kulturwelt bemerkbar. Die Massen des Volkes sind aus ihrem Schummer erwacht und sich ihres Wertes und ihrer Bedeutung bewußt geworden. Infolge der gesteigerten Leistungsfähigkeit der menschlichen Arbeitskraft hat sich die materielle Lage der Unterschichten gehoben und ihr Geschichtskreis erweitert. Daburd ist ihr Kräftegefühl gewachsen, und es hat sich ein proletarisches Selbstbewußtsein entwickelt, wie es die Welt niemals gekannt hat. Das Proletariat der Gegenwart will nicht mehr die Rolle des Neben-

brödel spielen und stumm im Winkel hocken, im Gegenteil, es drängt sich überall in den Vordergrund und will mitsprechen und mitbestimmen in allen öffentlichen Angelegenheiten. Zunächst fordert es das Mitbestimmungsrecht im Staate, in der Gemeinde und in den Betrieben, und weiter darüber hinaus erhebt es den Anspruch darauf, die Leitung seiner Geschicke selbst in die Hand zu nehmen. Das Volk ist eben mündig geworden und hat es satt, sich wie ein kleines Kind bevormunden und am Gängelbände führen zu lassen.

Diese Strömung zur Demokratie hat durch den Weltkrieg neue Nahrung bekommen und selbst in solchen Kreisen, die früher den demokratischen Bestrebungen feindlich oder mindestens ablehnend gegenüberstanden, werden Stimmen laut, die eine stärkere Demokratisierung unseres öffentlichen Lebens für eine unabwiesbare Notwendigkeit halten. Der junge österreichische Kaiser hat in seiner Thronrede diese Notwendigkeit unumwunden anerkannt; der deutsche Kaiser hat schon verschiedentlich dem demokratischen Gedanken Zugeständnisse gemacht; der frühere Reichskanzler Bethmann Hollweg hat sich zu wiederholten Malen in ähnlichem Sinne geäußert und in zahllosen Artikeln und Reden während des Krieges haben Staatsmänner und Gelehrte Umformungen im Sinne der Demokratie gefordert. Ausschlaggebend hierfür war die Tatsache, daß das deutsche Volk zu Beginn und im Verlaufe des Weltkrieges seine Reife bewiesen hat, daß es den Regierungen, Behörden und Unternehmern durch die Tat gezeigt hat, welche sittliche Höhe und welche hohe Stufe der Leistungsfähigkeit es unter dem Einflusse der proletarischen Organisations- und Erziehungsarbeit erklimmen hat. Vielleicht hat auch der Umstand hierzu beigetragen, daß die Westmächte Frankreich und England sich ihrer demokratischen Einrichtungen rühmten und auf die in mancher Beziehung noch vorhandene Rückständigkeit Deutschlands mit Berachtung hinwiesen. Man braucht nicht alle demokratischen Redensarten unserer Feinde für bare Münze zu nehmen, und man braucht vor der dortigen Scheindemokratie die Augen nicht zu verschließen, und man muß doch einräumen, daß uns in Deutschland noch manches an einer wahren Demokratie fehlt. Das preussische und medlenburgerische Wahlrecht, die zahlreichen Fälle behördlicher Verordnungen und polizeilicher Schikaniererei, und noch manche andere rückständige Dinge, zeigen uns deutlich den Weg, den wir einzuschlagen haben, um zur Demokratie zu gelangen. Endlich hat auch noch die siegreiche russische Revolution den Machthabern einen Fingerzeig gegeben, wie sie es nicht machen dürfen, wenn sie ihre Stellung behaupten wollen. Alles in allem genommen kann man wohl behaupten, daß die heute herrschende Stimmung in den Oberschichten der Demokratie so günstig wie möglich ist. Natürlich muß sich die Demokratisierung auf alle Gebiete unseres menschlichen Zusammenlebens erstrecken.

Am augenfälligsten tritt die Notwendigkeit demokratischer Reformen auf politischem Gebiete zutage. Wenn auch bei uns rein theoretisch der Grundsatz gilt, daß alle Staatsbürger vor dem Gesetze gleich sind, und daß unser gesamtes Staatswesen auf dem Grundsatz der Gleichberechtigung aufgebaut ist, so zeigt uns doch der Augenschein tagtäglich, daß dies eine Selbsttäuschung ist, die allen Tatsachen zum Trost von manchen Seiten krampfhaft aufrechterhalten wird. In Wirklichkeit ist die große Masse des Volkes noch in mancher Beziehung rechtlos oder hat wenigstens nicht den Einfluß im politischen Leben, der ihm seinen Leistungen und seiner Bedeutung nach zukommt. Selbst unser Reichstagswahlrecht, das doch als eine demokratische Einrichtung allerersten Ranges gilt, läßt noch viel zu wünschen übrig, weil die Wahlkreise zu ungleich, und weil die Frauen vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Wie es sich mit dem preussischen Wahlrecht verhält, und wie weit wir in manchen deutschen Bundesstaaten und in den meisten Gemeinden in bezug auf das Wahlrecht noch von einer Demokratie entfernt sind, ist faktam bekannt. Auch in der staatlichen und gemeindlichen Verwaltung merkt man nichts von einer Demokratie, und daß unsere Behörden alles

andere eher sind, als demokratische Einrichtungen, weiß jedes Kind. Auch auf sozialem Gebiete muß der demokratische Gedanke zum Durchbruch kommen. Was nützt es uns, wenn in der Theorie gepredigt wird, daß der Mann im Arbeitsmittel und die Frau in der Arbeitsbluse, die ihre Pflicht und Schuldigkeit tun, ebenso geehrt werden müssen, wie die vornehmen Leute, wenn man in der Praxis nichts davon merkt. Es klingt ja sehr schön, von der Gleichwertigkeit aller Menschen zu reden und auch den ärmsten Proletarier Bruder zu nennen, wenn man in der Wirklichkeit den Lebens den Arbeiter, die Arbeiterfrau und die Arbeiterkinder von oben herunter behandelt und vor den „besseren“ Leuten kaputtet. Es fehlt noch sehr viel daran, daß neben der politischen Gleichberechtigung auch die soziale Gleichwertung durchgeführt wird. Drittens macht sich eine Demokratisierung unseres Wirtschaftslebens dringend notwendig. In dem Verhältnis zwischen Kapitalist u. Arbeiter herrscht noch das rein autoritäre Verhältnis, denn ersterer gebietet sich als der absolute Herrscher, während letzterer einfach zu gehorchen hat. Wohl hört man auch auf diesem Gebiete die schöne Redensart von der Gleichberechtigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die sich, wie die schöne, liberal-kapitalistische Formel hieß, als zwei freie, verfügungsberechtigte Personen gegenüber treten und einen Arbeitsvertrag abschließen, in dem das Recht jedes einzelnen gewahrt wird; aber die rauhe Wirklichkeit weiß nichts von dieser Gleichberechtigung.

Da darf es uns dann wahrlich nicht wundernehmen, daß das selbstbewußte Proletariat Ernst machen will mit der Verwirklichung der Demokratie auf politischem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiete. Die Verwirklichung dieses Strebens kann wohl kaum bestritten werden, und es findet auch die Billigung aller einsichtigen, rechtlich denkenden Volksgenossen. Wenn dennoch so viele Hindernisse auftauchen, die einen Erfolg ungemein erschweren, so liegt das an dem jähem, erbitterten Widerstande kleiner aber einflußreicher Gruppen, die von einer Demokratisierung nichts wissen wollen und all ihren Einfluß aufbieten, um diese Forderung zum Scheitern zu bringen.

Korrespondenzen.

Wochenmindestlöhne für Leipzig zu normieren wurde unserer dortigen Leitung seitens einer Anzahl von Betriebsversammlungen aufgegeben. Mit Wirkung vom 17. September bis auf weiteres sind diese für unsere Mitglieder in Kraft getreten und betragen für

	Mk.
Saal- und Hilfsarbeiter	37,—
Formenwäscher, Bader	35,—
Abzieher, Gießer, Aufräumer, Tiegelbrüder, Rotationsarbeiter, Steinschleifer, Papierschneider und =Zähler	40,—
Punktierertinnen	24,—
Anlegerinnen	22,50
Rotationsarbeiterinnen	21,50
Bogensängerinnen (stehend)	16,50
im Steindruck	18,—
an Apparatmaschinen	19,50

Standgeld in bisheriger Weise. Von der Forderung von Teuerungszulagen mußte Abstand genommen werden, da solche nur für staatliche und kommunale Beamte, sowie für solche Berufe in Frage kommen können, deren Lohnverhältnisse durch langfristige Tarife geregelt sind. Eine Reihe von Betrieben hat diese Sätze als für sich verbindlich bereits anerkannt, um weitere Abwanderung aus dem Gewerbe zu verhindern. Bedauert wurde des Oestern, daß die Kurzfristigkeit einer örtlichen — allerdings für tarifliche Fragen unmaßgeblichen — Arbeitgebervereinigung hier nicht beizeiten regeln einzugreifen versuchte. Wir müssen's und können's ertragen.

Rundschau.

Leipzig. Die Vogelstrauchstatistik des Vereins Leipziger Buchdruckerbesitzer gegenüber der Hilfsarbeiterschaft schien der Reorientierung bedürftig. Etwas plöcklicherweise nämlich wurden

dessen Mitglieder zu einer schleunigen Sitzung am 20. d. M., vormittags, zusammen berufen, um nach uns von dritter Seite zugegangenen Informationen, zur Tariffrage Stellung zu nehmen. Eine unbedeutende Mehrheit des kleinen Konventikels -- wovon einige ihr Hilfspersonal bis jetzt mit 50 Pfg. „Teuerungszulage“ „durchgehalten“ haben sollen -- votierte für Beibehaltung des bisherigen Zustandes, jedoch soll der nun schon seit Jahresfrist im Schweife des Angefichts eingeschlagene Weg der „Erwägungen und Anregungen“ mutig weiter beschritten werden. Richtungsgewand wird wahrscheinlich das in Nr. 30 veröffentlichte Zirkular sein. Wir wünschen diesen Strategen Glück. Aber auch unserer Kollegenchaft. Der Zeitpunkt zu einer Tarifaktion ist so lange verfrüht, als die Leipziger Löhne weiblicher Personen noch um 25 Prozent niedriger, als die Berliner sind. Diesen Fleck wird der Fort des deutschen Buchdruckgewerbes noch von seinem Schilde zu waschen Gelegenheit erhalten. Bis dahin bleiben uns „einseitige“ Erwägungen heubä.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1916. Die örtlichen Vereinigungen der Gewerkschaftskartelle haben ganz besonders unter der ungünstigen Einwirkung des langandauernden Kriegszustandes zu leiden. Diese Tatsache kommt in der Statistik über den Bestand und die Tätigkeit der Kartelle der freien Gewerkschaften im Jahre 1916, die von der Generalkommission in Nr. 35 des Correspondenzblattes veröffentlicht wird, noch schärfer als im Vorjahr zum Ausdruck. Von 641 in dem Verzeichnis eingetragenen Kartellen, an die Berichtsbogen verandt wurden, sind nur 469, 55 weniger als 1915, an der Statistik beteiligt. Das Versagen von Kartellen an der Statistik ist jedoch nicht gleichbedeutend mit deren Auflösung oder der Unterlassung jeder Tätigkeit. Vielsach konnte die Ausfertigung der Fragebogen bei dem ewigen Mangel und Wechsel der Funktionen und dem Fehlen genügender Unterlagen nicht erfolgen. In vielen Fällen ruht zwar die Tätigkeit der Kartelle, während der Zusammenschluß der Gewerkschaften fortbesteht. Aus allen diesen Gründen läßt sich zur Zeit die Zahl der Kartelle nicht genau feststellen. Da es sich bei dem Ausfall der Kartelle hauptsächlich um kleinere handelt, so wird der Wert der Statistik, soweit der Kreis der erfaßten Mitglieder in Frage kommt, nicht in dem Maße beeinträchtigt, als es bei der geringeren Beteiligung der Kartelle an der Statistik erscheinen könnte.

Den 469 berichtenden Kartellen waren 1916: 5846 Gewerkschaften angeschlossen, die zusammen 337 499 Mitglieder zählten. Die gleichen Kartelle hatten am 1. Juli 1914, also kurz vor Kriegsausbruch, 2 090 637 Mitglieder. Von dem Mitgliederbestand des Jahres 1916 kommen 4189 Mitglieder auf den Süddeutschen Eisenbahnerverband, der mit 15 Zweigvereinen den berichtenden Kartellen angeschlossen ist. 833 303 Mitglieder gehören den freien Gewerkschaften an. Nach der Gewerkschaftsstatistik betrug die Mitgliederzahl der Zentralverbände am Ende des Jahres 1916: 944 575. Von diesem Bestande sind demnach 88,2% von der Kartellstatistik erfaßt worden gegen 85,4% im Vorjahr und 91,4% im Jahre 1913. Von den den Kartellen angeschlossenen Mitgliedern der Zentralverbände kommen auf den Metallarbeiterverband 235 606, den Fabrikarbeiterverband 73 120, den Bauarbeiterverband 60 520, den Holzarbeiterverband 60 521 und den Transportarbeiterverband 57 617 Mitglieder. Diese fünf Verbände umfassen zusammen über die Hälfte des gesamten Mitgliederbestandes der Kartelle. Den Kartellen, die im Jahre 1913 über 25 000 Mitglieder hatten, gehörten 1916 an: Berlin 138 101 (1913: 302 052), Hamburg 47 522 (148 338), Dresden 46 161 (95 620), Leipzig 32 059 (76 185), München 30 036 (63 594), Nürnberg 21 296 (55 723), Frankfurt a. M. 12 914 (43 807), Stuttgart 16 333 (43 483), Chemnitz 15 781 (42 403), Bremen 12 617 (37 311), Hannover 13 932 (37 311), Breslau 1274 (31 732), Oeln 3865 (unvollständig) (31 176), Magdeburg 15 025 (30 766) Mitglieder. 82 im Geltungsbereich der berichtenden Kartelle bestehende Zweigvereine der Zentralverbände gehörten den Kartellen nicht an.

Eine für die Arbeiter sehr wertvolle Einrichtung bilden die Arbeiterssekretariate und Rechtsauskunftsstellen der Kartelle. Der Kriegszustand hat ihren Wert noch erhöht und es war deren Aufrechterhaltung unter allen Umständen trotz finanzieller Schwierigkeiten durchaus geboten. Soweit Kartelle bei stark vermindertem Mitgliederbestand nicht in der Lage waren, aus eigenen Mitteln Arbeiterssekretariate aufrecht zu erhalten, hat die Generalkommission Zuschüsse bzw. Darlehen zur Unter-

terhaltung dieser Einrichtungen geleistet. Insgesamt wurden von den Kartellen 113 Arbeiterssekretariate unterhalten gegen 115 im Vorjahre. Die Zahl der Rechtsauskunftsstellen hat sich erheblich vermindert, da ein großer Mangel an Personen besteht, die genügend Kenntnis von der sozialpolitischen Gesetzgebung besitzen, um in Rechtsstreitigkeiten Anstufung und Bestand gewähren zu können. Von den 469 berichtenden Kartellen unterhielten nur 123 Rechtsauskunftsstellen.

Die agitatorische Tätigkeit der Kartelle ist während des Krieges fast völlig unterbunden. Es wurden 410 allgemeine und 262 berufliche Versammlungen abgehalten. Die ersteren beschäftigten sich hauptsächlich mit Fragen der Lebensmittelferzeugung, ein Gebiet, das die Tätigkeit der Kartelle hervorragend in Anspruch nahm und sie vor schwierige Aufgaben stellte.

Die finanzielle Grundlage der Kartelle beruht in der Beitragsleistung der angeschlossenen Gewerkschaften, die in der Regel pro Jahr und Mitglied berechnet wird. Die Beitragsätze bewegen sich im allgemeinen zwischen 20 Pfg. und 2,60 Mk. Ueber den Höchstfuß hinaus erheben Beiträge 6 Kartelle. Den höchsten Beitragsfuß weist Rostock mit 6,80 Mk. auf. Es folgt Bernigerode mit 5,20 Mk.; Lübeck mit 3,60 Mk.; und Königsberg i. Pr. mit 3,50 Mk. und Straßburg mit je 4,80 Mk./3,40 Mk. Am häufigsten vertreten ist eine Beitragsleistung von 40 Pfg., sie ist in 82 Kartellen festgesetzt.

Angaben über die Kassenverhältnisse machten von den 469 an der Berichterstattung beteiligten Kartellen nur 446. Diese hatten zusammen eine Gesamteinnahme von 1 084 282 Mk. und eine Gesamtausgabe von 1 137 530 Mk. Diese Ausgabe überstieg die Einnahme um 53 248 Mk. Entsprechend dieser Mehrausgabe gingen die Kassenbestände dieser Kartelle von 654 652 Mk. am Schluß des Jahres 1915 auf 601 404 Mk. am Schluß des Jahres 1916 zurück. Von den Einnahmen entfallen 531 693 Mk. auf Beiträge und 552 589 Mk. auf sonstige Einnahmen. Unter den Ausgabe-posten steht die Ausgabe für Sekretariate und Rechtsauskunftsstellen mit 446 165 Mk. (1915: 448 277 Mk.) an erster Stelle. Diese Ausgabe hielt sich ungefähr in gleicher Höhe wie im Vorjahre. Der nächstgrößte Posten kommt dann auf Gewerkschaftshäuser und Versammlungssäle mit 165 296 Mk. (119 677 Mk.). Für Herbergen und Arbeitsnachweise wurden 47 606 Mk. (38 006 Mk.) verausgabt. Die Pflege der Bildungsbestrebungen (Bibliotheken, sonstige Bildungszwecke und Jugendbildungen) erforderte eine Ausgabe von zusammen 147 780 Mk. (180 906 Mk.). Von 35 Kartellen wurden im Jahre 1916 zusammen zur Unterstützung von Familien der Kriegsteilnehmer und Arbeitslosen (Kriegsfürsorge) 32 025 Mk. aufgebracht.

Die seit dem Jahre 1901 aufgenommene Kartellstatistik weist, abgesehen von einigen ganz unbedeutenden Schwankungen, eine ständig steigende Finanzkraft der Kartelle auf. Den höchsten Stand nimmt das Jahr 1913 mit einer Einnahme von 2 143 101 Mk. und einer Ausgabe von 2 145 049 Mk. ein. Diese Entwicklung beweist die ständig steigende Bedeutung der Kartelle im Rahmen der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung. Der Kriegszustand hat darin nichts geändert. Gingen auch die Einnahmen bei dem erheblich reduzierten Mitgliederbestande in der absoluten Höhe stark zurück, so ist im Gegensatz dazu die Einnahme pro Mitglied und Jahr berechnet, in den Kriegsjahren noch gestiegen. Für das Jahr 1916 beträgt dieser Satz 1,29 Mk. gegen 93 Pfg. im Jahre 1913, und 61 Pfg. im Jahre 1901. Diese Steigerung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kartelle ist ein neuer Beweis dafür, daß selbst bei der langen Kriegsdauer der wildesten Entschaffung menschlicher Leistungswut, die Lebenskraft der Gewerkschaften nicht gebrochen werden konnte. Noch steht der Gewerkschaftsbewegung jedoch eine weitere, recht schwere Prüfung bevor. Wenn das entsetzliche Ringen der Nationen beendet und mit dem Wiederaufbau des zerstörten und Niebegerretenen begonnen werden muß. Eine Aufgabe, deren endliche, baldige Zingriffnahme alle fühlenden Menschen unmissig herbeisehnen, obgleich sie harte Ansprüche an ausdauernde Arbeit an die Völker stellen wird. An diesem Friedenswerk werden die Gewerkschaften hervorragend beteiligt sein und den Kartellen wird dabei ein wesentlicher Teil der Tätigkeit zufallen. Ihre Aufgabe ist, die Sammlung der Kräfte zu einem zielbewußten, planmäßigen Handeln zusammenzufassen. Die Erfüllung dieser Aufgabe bedeutet die Mitarbeit der Kartelle an den Grundlagen zum machtvollen Aufstieg der Arbeiterklasse.